



Antrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Rechtsstaat muss politisch motivierter Gewalt konsequent begegnen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt die Krawalle gewaltbereiter Linksextremisten am Rande des G20-Gipfels in Hamburg aufs Schärfste. Es gibt in einem demokratischen Rechtsstaat keine Rechtfertigung für Gewalt, Brandschatzung und Vandalismus. Der Rechtsstaat muss diesen inakzeptablen Gewaltexzessen konsequent begegnen. Der Landtag stellt fest, dass nun eine parlamentarische Aufarbeitung erforderlich ist.

Das Recht auf friedliche Demonstration, das auch immer die Pressefreiheit einschließen muss, wird von denen diskreditiert, die mit oder ohne politische Begründung Gewalt ausüben. Wer Bürgerinnen und Bürger in Angst und Schrecken versetzt, Stadtviertel verwüstet und Polizistinnen und Polizisten angreift, bedroht, ja deren schwerste Verletzungen oder gar den Tod in Kauf nimmt, ist ein krimineller Gewalttäter und muss mit aller rechtsstaatlichen Konsequenz zur Verantwortung gezogen werden.

Der Landtag dankt den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die in Hamburg den Rechtsstaat verteidigt haben, sowie den zum Einsatz gekommenen Rettungskräften. Die Einsatzkräfte, die diese schwierige Aufgabe zu bewältigen hatten, haben unseren Respekt und volle Anerkennung verdient. Der Landtag wünscht allen Beamtinnen und Beamten, die im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel im Dienst zu Schaden gekommen sind, eine schnelle und vollständige Genesung.

Der Landtag begrüßt die durch die Landesregierung getroffene Sonderurlaubsregelung sowie die durch Hamburg und den Bund angekündigte unbürokratische Hilfe für die Bürgerinnen und Bürger, die Schäden erlitten haben.

Tobias Koch
und Fraktion

Eka von Kalben
und Fraktion

Christopher Vogt
und Fraktion